

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, 31. März 1894.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler  
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max  
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Hies.  
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.  
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-  
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

## Deutschland.

**Berlin, 31. März.** Der Beschluß der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, den kommunalen Zuschlag zur Staatseinkommensteuer für 1894—95 auf 105 Prozent festzusetzen, hat in weiten Kreisen der Bürgerschaft Erregung und Mißstimmung hervorgerufen. In gouvernementalen Blättern wird er zu Mißanwendungen auf die Fragen der Reichs- und Staatsfinanzen verwendet; einerseits wird bemerkt, geradezu, wie jetzt in Berlin, werde es in Preußen und in den anderen Einzelstaaten gehen, dort würden ebenfalls empfindliche Erhöhungen der direkten Besteuerung eintreten müssen, falls nicht im Reich neue Verbrauchsabgaben bewilligt würden; andererseits wird darauf hingewiesen, wie leicht die in der Berliner Stadtverordnetenversammlung herrschende deutsch-freimüthige Richtung sich hier zur Wehr-Setzung der Steuerzahler herbeilasse, während sie im Reichstag und Landtag, wo sie in der Minderheit ist, den unerbittlichen Vorkämpfer der Spar-samkeit spiele. Wir lassen diese polemischen Seitenblicke auf sich beruhen und halten uns lediglich an die kommunale Steuerfrage. Da muß man jedenfalls sagen, daß die Erhöhung des Zuschlags von 85 auf 105 Prozent doch überaus summarisch begründet und beschloffen worden ist. Es ist oft hervorgehoben worden, daß das Berliner Budget demjenigen mancher deutschen Mittel-staates gleichkomme; aber schwerlich würde man in der Kammer eines deutschen Mittelstaates über das Verlangen einer derartigen Steuer-Erhöhung in wirtschaftlich schwieriger Zeit so leicht hinweg-gegangen sein, wie es in der Berliner Stadt-verordneten-Versammlung geschehen ist. Sie nahm sogar ganz gelassen den Vorhalt des Räumers hin, daß sie selbst die Erhöhung auf 105 Prozent verabschiedet habe, indem sie in den Jahren 1892—93 nur 70 und 1893—94 nur 85 Prozent anstatt der vorherigen 100 Prozent bewilligt habe. Aber 1891—92 waren es 100 Prozent von dem sehr viel geringeren Ertrage der noch nicht auf der Deklaration be-ruhenden Staatseinkommensteuer; die 70 und 85 Prozent jedoch wurden von dem ungleich höheren Betrage der deklarirten Staatseinkommen-steuer erhoben. Es war vielleicht angesichts der Höhe der Verpflichtungen der Stadt und der bereits bewilligten Ausgaben für 1894—95 unmöglich, mit einer geringeren Einnahme-Summe auszukommen. Vielleicht ist die Erklärung des Räumers auch unbefriedigend, daß er keinerlei Notwendigkeit mehr sehe — in welchem Falle der vor einiger Zeit von uns gemachte Vorschlag allerdings undurchführbar war, einen Teil des Mehrbedarfs auf das nächste Etatsjahr zu über-tragen, in welchem bekanntlich die Ueberweisung der staatlichen Gebäude- und Gewerbesteuer an die Stadt in Kraft tritt. Aber die öffentliche Staats-berathung war so kurz angefallen, daß in keiner dieser Beziehungen weitere Kreise der Bürgerschaft sich ein begründetes Urtheil zu bilden vermochten. Zunächst wird als Folge des für sehr viele Steuerzahler harten Beschlusses sich eine ent-schiedene Abneigung gegen jede irgendwie ent-behrliche kommunale Gebäudeförderung heraus-bilden, das nachdrückliche Verlangen, künftig nicht Ausgaben, die bloß wünschenswerth sind, sondern ausschließlich notwendige Ausgaben bewilligt zu sehen. Außerdem aber muß nimmermehr die Forderung nach alsbaldiger Aufstellung und öffentlicher Erörterung des kommunalen Steuer-Reformplanes erhoben werden, der im Sinne der Gleichrichtung der für das bevorstehende Etatsjahr abermals höher belasteten kommunalen Steuer-zahler auf Grund der staatlichen Steuer-Ueber-weisungen am 1. April 1895 in Kraft zu treten hat. Vor unliebsamen Ueberraschungen auch für diesen Zeitpunkt muß die Berliner Bürgerschaft bewahrt bleiben.

— Dr. Hermann Karl Englan, der bisher als dritter Prediger an der königlichen Charité in Berlin thätig war, hat, so berichtet die „Freis. Ztg.“, sein Amt freiwillig niedergelegt und auf die Rechte des geistlichen Standes für die evangelische Landeskirche verzichtet, weil er zu einer ab-weichenden Meinung bezüglich der Kindertaufe gelangt sei.

— Daß unsere deutschen Theoretiker manch-mal herlich schlechte Politiker sind, scheint der bekannte Pandektist Professor Dr. Dernburg gern von neuem beweisen zu wollen. Nach Wiener Berichten hat er in der verflochtenen Woche in der Wiener Juristischen Gesellschaft einen Vortrag über die Primat der Rechte gehalten und bei dieser Gelegenheit sich aufs schärfste gegen die obligatorische Zivilehe ausgesprochen, deren Nütz-lichkeit ohne Rücksicht auf die Pflanzstätte des Volkes, die Wurzel alles Rechts, entwickelt sei. Wir haben keinen Anlaß, uns mit dem gelehrten Professor darüber zu unterhalten, wie weit eine obligatorische Zivilehe im modernen Staate überhaupt notwendig ist. In der Rhein-proving, und erstreckt sich auch im ganzen übrigen Preußen, hat die Zivilehe derart feste Wurzeln in der Volkseinstellung gefaßt, daß es weder gelehrten Theoretikern, noch blindwüthigen Stöckerianern gelingen wird, diese Volksüber-zeugung ernstlich zu erschüttern. Um so mehr aber müssen wir unser Bedauern darüber aus-sprechen, daß das politische Zeitgeißel des Geh. Rath Dernburg es zugelassen hat, daß seine An-sichten über die Verantwortlichkeit der Zivilehe — vor-angeseht, daß die Wiener Berichte zutreffend sind — gerade auf österreichischem Boden und gerade im gegenwärtigen Augenblick an die Öffentlichkeit treten müßten. Geh. Rath Dern-burg nimmt als Mitglied des preussischen Herrenhauses reger an politischen Leben theil, er mußte wissen, welche außergewöhnlich heftigen politischen Kampfe die Frage der Zivilehe in dem uns enge verbündeten und befreundeten Ungar-reiche angezündet hat und wie sehr dieser Kampf sich auch nach Österreich hin erstreckt. Wenn Prof. Dernburg als aus freien Stücken nach Österreich eilt, um dort an der Seite schlecht be-rathener und kaiserlicher Gegner der ungarischen Regierung in den Kampf gegen die Zivilehe ein-zugreifen, so liegt darin nicht ein Eintreten für die wissenschaftliche Wahrheit und die Freiheit der Meinung, sondern eine politische Demon-stration, die so unangebracht ist, daß wir nur lech-zig bedauern können, daß ein preussischer Hoch-schullehrer sich dazu hergeben hat. Wir würden es vollständig begreifen, wenn Herr Dernburg aus Anlaß des demnächstigen 20-jährigen Jubiläums des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 oder aus Anlaß des jetzt 50-jährigen Bestehens der obligatorischen Zivilehe in Rheinpreußen seine er-greifenden Bedenken von seinem Berliner Lehrstuhle

oder von der Rednerbühne des preussischen Herren-hauses mit Nachdruck geltend gemacht hätte. Daß er aber seinen Landsleuten gegenüber aus seinem bestimmten Herzen eine Mordgrube ge-macht und dafür sein Herz im befreundeten Nach-barstaate und im hitzigsten politischen Kampfe ausgegüßelt hat, das war nicht wohl bedacht. Es wäre besser gewesen, wenn Herr Dernburg bei seinen Handeltreiben und seinen Penaten ge-blieben wäre.

**Friedrichsruh, 30. März.** Heute Mittag 12 1/2 Uhr trafen vierzehn Damen aus der Pfalz, Baden und Hessen in Friedrichsruh ein und be-gaben sich in fürstlichen Equipagen in das Schloß. Die Tochter des Präsidenten Böcking aus Frankenthal trug eine Kaffette, welche eine über 100 000 Unterschriften tragende Huldigungsadresse enthielt. Im Schloß wurden die Damen vom Fürsten Bismarck empfangen. Hierauf freudige Freizeit. o. Hehl aus Worms dem Fürsten einen Ehren-trunk köstlicher Weinreichung; Frau Konsul Kelle aus Karlsruhe überreichte sodann die Adresse mit einer Ansprache. Fürst Bismarck antwortete hierauf in einer sehr warmen Rede. Er erwiderte in diesem Besuche einen Beweis für das Bestehen eines einzigen deutschen Reiches. Bei der Frühstückstafel sprach der Fürst dem Fräulein Kater aus Gießen, der eigentlichen Veran-lasserin der Fahrt, seinen besonderen Dank aus, toastete dann auf das Wohl der Damen und be-tonte, daß er das gegenwärtig sehr rege Interesse der Frauen an der Politik für eine große Er-muthigung halte. Neben anderen zahlreichen Ge-geschenken wurden dem Fürsten mehrere Hundert Pfund des edelsten Weines überreicht; er schenkte alsdann jeder Dame sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift. Die Abfahrt der Damen nach Ham-burg erfolgte 3 1/2 Uhr. Das Aussehen des Fürsten war ein vortreffliches. Er trug während der ganzen Zeit die Uniform seines Magdeburger Kürassier-Regiments.

## Österreich-Ungarn.

**Wien, 30. März.** Die Zahl der aus-ständigen Gasarbeiter beträgt 1800; der Gas-vorrath reicht noch für zwei Tage. Bei einigen Gaswerken widersetzten sich die Ausländer, die dem Eintritt neuer Arbeiter; sie führten sich auf die Gaswerke und bedrohten sie. Generaldirektor Telsch-er eilte zum Statthalter und Polizeidirektor und suchte um Schutz der Gaswerke, der sofort bereitwillig gewährt wurde. Bei jedem Gas-werke nahm eine Anzahl Polizisten Aufstellung. Bei einigen Werken fanden leichte Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Arbeitern statt. Ein bis jetzt unüberhörtes Gerücht will wissen, daß die Arbeiter des Wiener Elektrizitätswerkes sich morgen dem Auslande anschließen werden.

**Wien, 30. März.** Die streikenden Arbeiter der Gaswerke hielten heute Nachmittag Ver-sammlungen ab, in welchen die Redner empfahlen, beim Streik zu beharren, und zu unbedingter Aufrechterhaltung der Ruhe ermahnten. Dele-girte der Arbeiter sämtlicher Gaswerke begaben sich zu dem Gewerbesinspektor und erboten sich zu Verhandlungen mit der Direktion. Die Streiken-den verlangen nur die Wiederaufnahme des ent-lassenen Arbeiters Mebel. Mehrere von den Gas-werken angestellte Hilfsarbeiter erlitten in Folge ihrer Unkenntnis des Betriebes erhebliche Brand-wunden. Die Kugel ist nicht gestopft worden.

Der sozialdemokratische Parteitag beschloß, die Vereinigung aller österreichischen Arbeitervereine zu einer Reichs-Zentral-Verderbunde zu empfehlen und sicherte den Bruderländern die wertvolle Unterstützung der gesamten Arbeitererschaft zu.

**Wien, 30. März.** Nach 3 Uhr erfolgte die Ankunft des Zuges mit der Leiche Koflyus, nach-dem vorher der Zug mit den Deputirten eingetroffen war. Diese nahmen auf dem Person Aufstellung, wo bereits die Spitzen der Behörden, viele Abgeordnete, darunter die Führer sämtlicher Parteien, die Abordnung der Stadt, geführt von dem Vize-Bürgermeister Geroldy, ver-sammelt waren. Als der Zug eingelaufen war, entstieg demselben Vize-Bürgermeister Markas und begab sich mit den Gemeindevätern zu dem Waggon, in welchem die Leiche in einem einfachen Sarge aus Nussbaumholz stand. Stadträte und Abgeordnete hoben den Sarg heraus, stellten ihn auf ein schwarz drapirtes Holzgerüst, und Vize-Bürgermeister Markas übergab denselben der Obhut der Stadt. Vize-Bürgermeister Geroldy dankte hierauf der Familie Koflyus für die Ein-willigung zur Heimführung der Leiche und ver-sicherte, die Hauptstadt werde den Sarg als ihre Reliquie bewahren. Nachdem Franz Koflyus gedankt wurde, der Sarg auf den Leichen-wagen gesetzt und der Leichenzug setzte sich in Be-wegung. Die Präsidenten der politischen Parteien trugen die Enden der Trauerfächer. Dem Zuge voran schritten drei evangelische Seelsorger, dann folgten alle 480 Jüdischen. Auf dem ganzen Wege stand die nach Tausenden zählende Men-schenmenge dicht gedrängt und harpte entblößen Hauptes der Ankunft des Leichenzuges. Um 4 1/2 Uhr langte derselbe am Museum an, auf dessen Freitreppe Hunderte von Kränzen lagen. Die beiden Söhne Koflyus hatten den Sarg zu Fuß begleitet, während Frau Koflyus mit der Gattin Delys zu Wagen gefolgt waren. Vor dem Mus-äum bildete die Universitätsjugend in Trauer-gala Epalier und salutirte mit den Schülern als der Sarg hineingetragen und aufgebahrt wurde. Die Leichen der Gemahlin und der Tochter Koflyus verließen auf dem Bahnhof und werden Abends zur Aufbahrung nach der Biedersteinkirche übergeführt werden. Wäh-rend des ganzen Zuges durch die Stadt läuteten die Glocken. Die Feier verlief durchaus wechsell.

## Schweiz.

**Zürich, 30. März.** Die Vorstände sämtlicher hiesiger Arbeitervereine beschloßen, den Arbeitern von der Zensurierung eines Generalstreikes abzu-rathen, weil er gegenwärtig undurchführbar sei.

## Frankreich.

**Paris, 30. März.** Trotz halbamtlicher Ab-senkung wird berichtet, daß gegenwärtig ernste Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien über den Abschluß eines Handelsvertrages statt-finden. Der hiesige italienische Völkischer Re-samant soll gestern über diese Angelegenheit lange Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten Casimiri Perier gehabt haben.

Die seitens des Pariser Gemeinderaths ein-geleitete Bewegung gegen die Inskallierung des Seinepräsidenten Bondele im Rathaus hat mit einer kläglichen Niederlage der sozialistischen Ge-

meinderathsmehrheit geendet. Die Ueberlieferung ist unter vollständiger Theilnahmlosigkeit der Bevölkerung erfolgt. Der Seinepräsident trifft am Montag ein, um von der neuen Wohnung Besitz zu nehmen.

## Italien.

**Rom, 30. März.** Die Sessionen des inter-nationalen medizinischen Kongresses waren heute zur Berathung über die vorliegenden Denkschriften in der Poliklinik veranlagt. In der Session für innere Medizin machte Professor Ziemssen-München interessante Mittheilungen über die Transfusion von Blut. In der ersten, um 4 Uhr Nachmittags im Elborado abgehaltenen Plenar-sitzung, welcher der größte Theil der Kongress-mitglieder und viele Damen beizuhörten, sprach Professor Bichow über Morgagni und das anatomische Denken, Bogard-Paris über Fieber und Babes-Bukarest über das Verhalten der Staaten gegenüber den jetzigen Resultaten der bakteriologischen Untersuchungen. Bevor Bichow zu sprechen anfang, überreichte ihm ein Vertreter von Forli, der Vaterstadt Morgagnis, eine Urkunde, durch welche Bichow zum Ehrenbürger von Forli ernannt wird. Alsdann gab Bichow einen Ueberblick der Geschichte der Medizin von Hippokrates bis Morgagni, welchen er den Bahn-brecher der neuen Medizin in allen Zweigen nannte. Die Redner ertreten sämtlich für ihre Vorträge den Beifall der Zuhörer.

## Spanien und Portugal.

**Madrid, 25. März.** Es ist festgestellt, daß Jose Baguez, der in Corunna auf das Christus-bild schoss, sich eine Zeitlang in Barcelona auf-gehalten hat. Die Ansicht, daß heututage die Hauptstadt Cataloniens eine wahre Hochschule für anarchistische Verbrecher ist, erhält dadurch eine neue Bestätigung.

Während des Gottesdienstes in der San Nicolas-Kirche in Corunna näherte sich ein etwa 30-jähriger Mann dem Altar, ergriff ein Kreuz-und rief mit lauter Stimme: „Es lebe Gott und die Republik!“ Der Kumult, der dadurch hervor-gerufen wurde, war bezeichnenderweise sehr groß, denn man befürchtete im ersten Augenblick, daß es sich um einen anarchistischen Anschlag handle. In der Salvatorkirche in Granada plakte eine Petarde, ohne indeß einen der Kirche füllenden Gläubigen zu verletzen. In Corboda empfing ein höherer Geistlicher eine anonyme Zuschrift, worin ihm mitgeteilt wurde, daß man die berühmte Kathedrale der Stadt in die Luft zu sprengen be-absichtige, um die feinerzeit in Kerker hingerichteten Anarchisten zu rächen.

Im Gefängnis zu Barcelona starb dieser Tage der Anarchist Nacho, der bekanntlich in dem gegen die Urheber der letzten Aufstände schwebenden Prozeß eine hervorragende Rolle spielte. Da alsbald das Gerücht entstand, daß er von seinen früheren Gefangenen genossen vergiftet worden sei, so hat der Staatsanwalt die chemische Untersuchung des Mageninhalts angedeutet. Er starb angeblich mit der Kirche verfehlt.

**Madrid, 30. März.** Das deutsch-spanische Handelsprovisorium ist bis zum 15. Mai ver-längert worden.

**Santander, 30. März.** Die Versuche, das Braut des „Machidaco“ mittels kleiner Torpedos zu zersprengen, haben heute Vormittag begonnen. Die erste partielle Explosion vollzog sich ohne Zwischenfall. Bei drei weiteren Sprengungen wurden durch die Erschütterung die Telephon-drähte in verschiedenen Bezirken der Stadt zer-rissen.

## Großbritannien und Irland.

**London, 30. März.** Der Gladstonianer Owen wurde mit einer Majorität von 225 Stim-men gegen den konservativen Kandidaten an Stelle des zur Verswürde erhobenen bisherigen Unter-hausmitgliedes Stuart Rendel als Vertreter für Montgomerysthire in das Unterhaus gewählt. An Stelle des früheren ministeriellen Unter-hausmitgliedes C. Majoribanks, der durch den Tod seines Vaters Lord Tweedmouth Peer ge-worden ist, wurde der Ministerielle Tennant mit 565 Stimmen Majorität gegen den konservativen Kandidaten zum Unterhausmitgliede für Berwick-shire gewählt.

**London, 30. März.** Dem „Reuterischen Bureau“ wird aus Ausland vom heutigen Tage gemeldet: Der Dampfer „Alameda“ bringt die Nachricht, auf Samoa sei der Krieg ausgebrochen in Folge der Verletzung der widerrechtlichen Haupt-sache durch den Oberrichter Ibe. Diese Verletzung habe einen bewaffneten Aufstand hervorgeru-fen, die Aufständischen hätten einen Regierungs-beamten getödtet, König Malietoa habe Truppen entandt, welche die Stellung der Aufständischen angreifen; 30 Mann seien getödtet, 50 verwundet worden, die Aufständischen zögen sich zurück. Die Truppen des Königs hätten einen Gefangenen ge-tödtet und Häuser niedergebrannt. Gegen die Ausländer würden Drohungen ausgesprochen; es herrsche große Besorgnis, ein Kriegszustand werde mit großer Schnelligkeit erwartet. Die Konsuln verurtheilen die Aufständischen zur Unterwerfung zu bewegen.

## Rußland.

**Petersburg, 30. März.** Der Direktor des Zolldepartements Tucholfa wird zum Senator und zu seinem Nachfolger der Wirkl. Staatsrath und Rechtsbeistand des Finanzministeriums Bel-justin ernannt werden. Der Vizedirektor des Handelsdepartements Timirjafew ist zum Mitgliede des Konseils des Finanzministeriums und an Stelle des Wirkl. Staatsraths v. Rumennin zum Handelsagenten bei der russischen Botschaft in Berlin ernannt worden.

Nach einer Verfügung der Regierung haben die in Rußland zugelassenen amerikanischen Ver-sicherungsgesellschaften fortan vom vierten Ver-sicherungsjahre ab den Versicherten die Gewinn-anteile auszugeben. Früher abgeschlossene Ver-sicherungen bleiben rechtskräftig.

Dem Finanzministerium ist das Recht der Kontrolle über Bankierkonten und Wechselstuben dahin ertheilt worden, ob dieselben vom Finanz-minister nicht genehmigte Operationen ausführen.

## Schweden und Norwegen.

**Stockholm, 28. März.** Ueber die Sommer-reisen des Königs und der Königin von Schweden wird Nachstehendes bekannt. König Oskar begiebt sich auf Ansuchen seines Arztes Professor Bru-jelius auf eine, wahrscheinlich Anfangs Mai an-zutretende Erholungsreise nach dem Süden, und zwar wird er, wie die „Nya dagligt Alebanda“

hört, zunächst nach der Rheinproving gehen, um seine Gemahlin zu besuchen. Diese begiebt sich am 15. April nach Cannes a. M., wo sie, wie bekannt, 1892 einige Monate hindurch in der Villa des Professors Schaffhausen wohnte. Nach diesem Besuche reist König Oskar nach der Riviera und Nizza, um sich dort längere Zeit aufzuhalten. Dann begiebt sich der König zur Brunnenkur nach Ems, nach deren Abschluß er nach seinem Lustschloß Sophienruh geht, wohin inzwischen auch die Königin zurückgekehrt sein wird. Nach einigen Tagen Aufenthalt in Sophienruh gedenkt der König auf einige Wochen nach dem schwedischen Seebade Marstrand an der Westküste zu gehen und von hier nach Kopenhagen zu fahren, um der am 28. Juli statt-findenden Feier der silbernen Hochzeit des dänischen Kronprinzenpaares beizuwohnen. Wenige Tage später, 2. August, kehrt der König der feierlichen Einweihung der Stammbahn im oberen Norrland bei. Diese hoch nach Norden gehende Bahn er-hält mit Fertigstellung der Strecke Varnäs-Boden ihren Abschluß, aus welchem Anlaß eine große Feier stattfindet. Bei dieser Gelegenheit wird König Oskar einen kurzen Besuch in dem berühmten Eisenbergwerk Sällvåra machen, und am 5. August trifft er wieder in Stockholm ein. Dort wird er zu Ehren des zu jener Zeit versammelten Amerikaner-Kongresses ein Fest geben. Nach Beiwohnung der großen Wanders in Ostgothland begiebt sich der König nach Christiania.

## Montenegro.

**Cettinje, 30. März.** Gestern griff eine große Anzahl Albanen eine montenegrinische Grenzpost auf dem Komusse an, tödtete 4 und verwundete 7 Montenegriner. Dagegen zerrüteten die Montenegriner mehrere Albanen in einer Grotte, wobei sich ein mehrstündiger Kampf entspann. Die Verluste der Albanen sind nicht bekannt.

## Stadt-Haushalt von Stettin.

vom 1. April 1894 bis 31. März 1895.

**IV.**  
**Titel VIII — Unterhaltung der Ha-fen- und Handelsanstalten —** schließt in Einnahme mit 331 925 Mark (328 225 Mark), in Ausgabe mit 516 989,88 Mark (512 375,43 Mark), so daß ein baarer Zuschuß von 185 064,88 Mark verbleibt, 914,45 Mark mehr als im Vorjahre. An Mehrausgaben sind eingestellt: von 2500 Mark Beamtengehälter, 25 600 Mark für Verzinsung des Anlagekapitals, 13 600 Mark für den Bau zweier Waagebuden am früheren Steinhof und von 1800 Mark für Unterhaltung der Fisch- und Lagerplätze an der Damm. Für den Unterhalt der im vorigen Jahre eingestellte Betrag für Erneuerung des Bollwerks zwischen Baum- und Langerbrücke mit 25 000 Mark in Abgang gekommen ist, und an Minderausgaben für Unterhaltung der Brücken-lappen von 1000 Mark, für Unterhaltung der Bollwerke 8600 Mark und für Unterhaltung der Waagebuden von 3300 Mark zu verzeichnen sind. Die Mehreinnahmen von 4400 Mark erwach-sen aus der Verwaltung der Fisch- und Lager-plätze an der Damm.

Herr Dr. Graßmann weist darauf hin, daß dieser Titel zu den wichtigsten des Etats gehöre. Der alte Hafen habe der Stadt mehr als 6 Millionen eingebracht, dagegen seien die Einnahmen an Bollwerkgehalt und Hafenaufgaben mit 331 925 Mark sehr gering, wenn man bedenke, daß die Kommune die Gehälter der Beamten, Miete für die Bureaus zugeben müsse. Dieser außergewöhnliche Zuschuß sei doch eigentlich auch nur als eine Liebesgabe zu betrachten, welche dem reichsten Stande gewährt würde. Dem gegen-über müsse man beachten, daß die Gewerbetrei-benden bei der Gasanstalt und die Hausbesitzer bei der Wasserleitung zu weit höheren Abgaben herangezogen werden, als der ganze Ertrag der Hafeneinnahmen sei. Die Stadt habe bereits wieder größere Summen für den Hafenbau be-willigt, es sei daher auch möglich, daß man daran-denk, eine entsprechende Verzinsung des Anlage-kapitals herbeizuführen, vielleicht durch Erhöhung der Bollwerkabgaben und des Hafengebietes. Re-dner beantragte, den Magistrat zu ersuchen, durch die Finanzkommission feststellen zu lassen, wie sich die Einnahmen des Titels VIII erhöhen lassen.

Herr Rämmerer Matting weist darauf hin, daß sich die Zuwendungen der einzelnen Stände zur Kommune durch das im nächsten Jahre in Kraft tretende Steuergesetz regeln.

Darauf wird der Antrag abgelehnt. Ein Antrag des Herrn Dr. Kölsch, den Magistrat zu ersuchen, die Aufstellung von Schiffahrtsschildern auf den städtischen Brücken in Erwägung zu ziehen, wird angenommen.

**Titel IX — Staatliche und Pro-vinzial-Angelegenheiten —** schließt in Einnahme mit 88 077,50 Mark (86 425 Mark), in Ausgabe mit 202 630,41 Mark (203 828 Mark), so daß ein Zuschuß von 204 552,91 Mark erforderlich ist, 2550,09 Mark mehr als im Vor-jahre. Mehrausgaben erfordert das Ständesamt mit rund 2200 Mark, welchen Mehreinnahmen bei der Staatsfeuertverwaltung mit rund 5000 Mark gegenüberstehen. Der Provinzial-Abgaben-beitrag ist wie im Vorjahr mit 175 000 Mark eingestellt, derselbe erhöht sich jedoch um 42 000 Mark. Der Titel wird genehmigt.

**Titel X — Forst-Verwaltung —** ergibt in Einnahme 156 012,80 Mark (152 479,25 Mark), in Ausgabe 48 921,19 Mark (47 699,69 Mark), so daß ein Ueberschuß von 107 091,61 Mark verbleibt, 2312,05 Mark mehr als im Vorjahr. Der Titel wird ge-nehmigt.

**Titel XI — Verwaltung der städtischen Gebäude, Lagerplätze, Märkte, Ländereien u. —** schließt in Einnahme mit 234 984,90 Mark (225 847,14 Mark), in Ausgabe mit 157 265,76 Mark (148 222,94 Mark), so daß ein Ueberschuß von 77 719,14 Mark verbleibt, 94,94 Mark mehr als im Vorjahr.

Herr Dr. Graßmann hält es für nicht richtig, daß die für Hafenzwecke angekauften Grundstücke auf Eigenchafts-Konto geführt wer-den. Redner beantragte, die Einnahmen und Aus-gaben für solche Grundstücke in Zukunft auf Ha-fen-Konto zu führen. Der Antrag wird ab-gelehnt, im Uebrigen der Titel bewilligt.

**Titel XII — Verwaltung des Schachthofes —** balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 251 381,45 Mark (225 934

Mark). Die Betriebs-Einnahmen mit zusam-men 247 080,45 Mark stellen sich in folgender Weise zusammen: 190 750 Mark Schachthofgebühren, 33 381,25 Mark Fleischschachthofgebühren, 1500 Mark Stallgebühren, 3845 Mark Viegegebühren, 5000 Mark für Benutzung des Kühlhauses, 650 Mark aus dem Verkauf von Dünger, Zeit u. f. w., 400 Mark aus dem Verkauf von Biletts zur Be-sichtigung des Schachthofes, 1075 Mark aus dem Verkauf von Futter und Streu, 450 Mark Frei-bankgebühren, 50 Mark aus dem Verkauf von Reis und unbrauchbar gewordenen Maschinen und 9979,20 Mark Ueberschuß aus der Verwal-tung des Etatsjahres 1892—93. An Betriebs-Ausgaben stehen 48 232,20 Mark gegenüber und zwar: 5149,45 Mark für Unterhaltung der Geräte, Anlauf von Desinfektionsmitteln und ver-schiedener Materialien, Kalk, Inventarverluste und Wäsche, 26 390 Mark für Heizung und Kessel-feuerung, Anlauf von Schmierölen, Salz u. f. w., 48 Mark für Beleuchtung (mit Ausschluß der elektrischen Beleuchtung), 15 000 Mark für Wasser- und 69,75 Mark für Kanalsen, 1075 Mark für den Anlauf von Futter und Streu und 500 Mark für Bedürfnisse der beiden Unter-suchungsstationen, Gehälter, Löhne und Bureau-unkosten erfordern 63 692,25 Mark und die Unterhaltung der Anlagen, Verzinsung und Amorti-sation des Anlage-Kapitals 139 457 Mark, für Aufstellung eines Reserve-Rendensfaktors sind 6500 Mark einzustellen, welche bereits von der Ver-sammlung bewilligt sind. — Der Titel giebt zu Einmenbungen keine Veranlassung.

**Titel XIII — Aus angehöbrenen Eigen-thumsverhältnissen —** ergibt in Einnahme 8631,27 Mark, in Ausgabe 5144,30 Mark, so daß ein baarer Ueberschuß von 3486,97 Mark verbleibt, 236,87 Mark weniger als im Vorjahre. Der Titel wird genehmigt.

**Titel XIV — Gas-anstalt —** schließt in Einnahme mit 1134 455,01 Mark (112 425,62 Mark), in Ausgabe mit 855 300,37 Mark (833 387,23 Mark), so daß ein Ueberschuß von 279 154,64 Mark verbleibt, 11 712,75 Mark weniger als im Vorjahre. Den Mehrausgaben für die Unterhaltung der Anlagen mit rund 20 000 Mark, sowie den für die Verflatt- und Magazinvverwaltung mit rund 57 800 Mark stehen Mehreinnahmen aus der Verflatt- und Magazinvverwaltung mit rund 66 500 Mark gegenüber. Die durch den verminderten Gasverbrauch hervor-gerufenen Mindererinnahmen von ca. 60 000 Mark finden in der durch den gleichen Betrag vermin-derten Betriebs-Ausgabe ihre Deckung. Die Be-triebseinnahmen belaufen sich auf 977 720,01 Mark, davon 117 151,46 Mark als Gasverbraucher für die städtische Verwaltung, 92 802,99 Mark eigener Verbrauch der Anstalt und 767 765,56 Mark durch Verkauf an Dritte, die Betriebs-Aus-gaben belaufen sich auf 366 117,99 Mark, die Gehälter, Pensionen und Bureaukosten auf 117 642 Mark, für Unterhaltung der Anlagen und Verzinsung des Anlagekapitals sind 54 600 Mark eingestellt.

Bei diesem Titel beantragte die Finanz-Kom-mission, den Magistrat zu ersuchen, in Zukunft diejenigen Summen in Einnahme zu stellen, welche in ihrer Gesamtheit den einzelnen Aus-gabeposten in den betreffenden Titeln entsprechen.

Der Antrag wird angenommen. Als Beitrag an das Extra-Ordinarium zur Beschaffung von Gasen sind als erste Rate 20 000 Mark eingestellt, während sich die Ge-samtkosten dieser an Stelle der alten Gold-beckchen anzuschaffenden Gasen auf 60 000 Mark belaufen.

Herr Decker freut sich, daß in Betreff der Gasen ein neues System eingeführt werden solle, er hält aber die neuerdings konstruirten Gasen mit schrägen Retorten für noch vortheilhafter und be-antragt, den Magistrat um Auskunft zu bitten, ob es möglich und vortheilhaft sei, anstatt der ge-planten neuen Münchener Gasen solche mit schräg liegenden Retorten anzulegen.

Der Antrag wird angenommen.

**Titel XV — Wasserleitung —** er-giebt in Einnahme 586 023,47 Mark (607 742,78 Mark), in Ausgabe 365 612,40 Mark (381 241,80 Mark), so daß ein Ueberschuß von 220 411,07 Mark verbleibt, 6089,91 Mark weniger als im Vorjahre. Die Betriebs-Ein-nahmen sind mit 572 239,47 Mark eingestellt, davon 77 949,47 Mark Wasserverbrauch für die städtische Verwaltung, 494 100 Mark an Wasser-zins von Dritten und 190 Mark sonstige Ein-nahmen. Die Betriebs-Ausgaben betragen 115 400 Mark, Gehälter, Löhne, Pensionen, Bureaukosten u. 38 743 Mark, für Unterhaltung der Anlagen und Verzinsung des Anlage-Kapitals sind 365 612,40 Mark.

Herr Bernut bringt die Berechnung des Kanalzinses bei den Grundstücken, welche mit Wasserzinsen versehen sind, zur Sprache. Er rügt, daß dabei nicht immer derselbe Modus angewendet werde. Der Magistrat habe bekannt ge-macht, daß dies einstweilen nach dem alten Modus erfolgen solle, thatsächlich habe aber bei einigen Grundstücken die Berechnung nach den Er-gebnissen des Verbrauchs nach Wasserzinsen statt-gefunden.

Herr Stadtrath Rabow erwirbt, daß der alte Modus stets angewendet sei, nur bei Neubauten und Eigentumswechselungen sei eine Ausnahme gemacht.

Herr Dr. Graßmann hält dies auch in solchen Fällen nicht für gerechtfertigt.

Herr Dr. Amelung glaubt, daß die Her-vorziehung solcher Einzelfälle bei der Stat-berathung nicht angebracht sei.

Herr Dr. Graßmann ist dagegen der Ansicht, daß ein Jeder es mit seinem Gewissen abmachen müsse, was er bei der Statberathung zur Sprache bringe, er müsse gegen von dem Vorredner beabsichtigte Schmeichelei proteffiren.

**Titel XVI — Zinsen-Verwaltung und Schulden-Einigung —** schließt in Einnahme mit 1 371 475,18 Mark (1 228 945,96 Mark), in Ausgabe mit 971 104,70 Mark (872 022,39 Mark), so daß ein Ueberschuß von 400 370,48 Mark verbleibt, 43 446,91 Mark mehr als im Vorjahr. Für Zinsen der Anlagekapitalien und für Miethswerte sind von 142 000 Mark mehr vereinnahmt, dagegen von 99 000 Mark mehr verausgabt für Zinsen und Amortisation von Rämmererschulden, sowie an Stempelsteuern.

Herr Dr. Graßmann monirte, daß der Cours der Stettiner Stadtanleihe so niedrig stehe und trägt an, ob es nicht möglich sei, ein Steigen der Obligationen zu veranlassen, vielleicht durch Anlauf der Obligationen an der Berliner Börse durch einen Banquier.



